

# LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e.V.

Az.: 50.07/mß  
31.08.2009

## P R E S S E M I T T E I L U N G

### LIGA der Freien Wohlfahrtspflege beklagt angekündigte Fördereinstellung für die Landesstelle für Suchtfragen durch Sozialministerium

**Magdeburg:** Die Landesstelle für Suchtfragen soll nach bisher bekannten Informationen des Gesundheitsministeriums im Jahr 2010 keine Landesförderung mehr erhalten. Und dies in einem Land, in dem die Anzahl der Krankenhausfälle wegen schädlichem Gebrauch von Alkohol (F10) (nicht nur) bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit steigender Tendenz seit Jahren über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Noch am letzten Donnerstag wurde in einer Fachtagung Kooperationsbedarfe bei der beruflichen Eingliederung suchtkranker Menschen fachlich-inhaltlich gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium präsentiert.

Das hohe Leistungsniveau der Suchtberatungsstellen und damit verbunden der Suchtprävention angesichts der vergleichsweise geringen Personalausstattung beruht zu einem erheblichen Teil auf der guten Koordination durch die Landesstelle. Die Arbeit der Landesstelle lebt von Koordination, Moderation und der Erzeugung von Synergieeffekten.

Warum in Sachsen-Anhalt die bisherigen Landeszuwendungen für Landesstelle, Suchtprävention und Suchtberatung der Finanzierung von Pflichtaufgaben im Bereich der Eingliederungsleistungen und des Maßregelvollzugs geopfert werden, statt diese zur Umsteuerung durch frühe ambulante Hilfen einzusetzen, ist eine zu bedauernde Entscheidung des Gesundheitsministeriums. Gerade angesichts steigender Ausgaben für Pflichtaufgaben sollte der ambulante Präventionsbereich gestärkt werden. Die Arbeit der Landesstelle wird über die Landesgrenzen hinaus anerkannt.

An der Leistung der Landesstelle sind die zuständigen Sozialleistungsträger (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Eingliederungsleistungen, Arbeitsverwaltung) sehr interessiert: Ihr Ziel ist die möglichst frühe Hilfe für Betroffene. Damit kommt es zu einer indirekten Kostenabsenkung bezogen auf Eingliederungsleistungen und Maßregelvollzug.

Ansprechpartner: Helga Meeßen-Hühne 0391/ 54 33 818  
Kathrin Weiher 0345/ 12 299 310

Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege

